# Menschenrechtler prangern Unterdrückung der Christen im Sudan an

7. April 2017

Göttingen (KNA) Nach der gewaltsamen Räumung einer christlichen Schule im Sudan ruft die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die EU auf, gegen das Vorgehen der sudanesischen Behörden zu protestieren. „Wir erwarten von der EU mehr Engagement für Sudans Christen, deren Lage immer schwieriger wird“, sagte der GfbV-Afrika Experte Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen.

Bei der Räumung am vergangenen Montag in der Stadt Omdurman soll es einen Toten gegeben haben, eine Person wurde schwer verletzt. Die Polizei und eine vermutlich von einem muslimischen Investor angeheuerte Schlägertruppe waren laut GfbV in die Schule eingedrungen.

Der Christ Yunan Abdallah wurde erstochen. 13 jugendliche Gläubige, die bereits zwei Wochen gegen die drohende Schließung und Zerstörung der Einrichtung der presbyterianischen evangelischen Kirche protestiert hatten, wurden kurzfristig festgenommen. Elf von ihnen wurden gegen Kaution wieder freigelassen. „Wenn christliche Schulen willkürlich geschlossen und protestierende Gläubige verhaftet und kriminalisiert werden, muss die EU Religionsfreiheit einfordern“, so Delius.

Die sudanesische Regierung hatte im April 2013 angekündigt, keine Neubauten christlicher Kirchen mehr zu genehmigen, und schränkt seither zunehmend die Glaubensfreiheit von Christen ein. Wie 25 christlichen Gotteshäusern droht der Schule nach GfbV-Angaben die Zerstörung. Sie steht neben einer presbyterianischen Kirche und wurde in den vergangenen Wochen mehrfach von Polizisten gestürmt.

(KNA – rkokq-89-00054)

Stand: 27. November 2026